

Transparenzsatzung

Ein Weg zu mehr Open Data?

Open Data Barcamp 05/2022

Zu lösende Probleme

- Open Data Gesetz NRW EgovG §12a gilt nicht für Kommunen
- Parteien und Organisationen, die mehr Transparenz in ihrer kommunalen Verwaltung wünschen, benötigen Hilfe
- Kommunen, die sich zu Transparenz und Open Data bekennen (z.B. in einer Digitalisierungsstrategie, Smart City Strategie) wissen nicht, wie sie es konkret angehen sollen. Es fehlen Vorgaben für die Ämter.
- Angst vor hohen Kosten durch Open Data / Transparenzgesetz / -satzung

Idee

Durch konkretere Vorgaben in einer Transparenzsatzungs-Vorlage könnte man Ängste der Verwaltung und Politik vor hohen Kosten und Umsetzungsaufwänden nehmen.

Man könnte außerdem “Best Practices” für die Veröffentlichung von Informationen als Open Data einbringen.

Transparenzsatzung: Beispiele / Vorlagen

- Potsdam: Transparenzsatzung (2021)
https://www.potsdam.de/sites/default/files/documents/transparenzsatzung_2021_10_16_0.pdf
=> Sehr kurz & sehr allgemein, keine konkreten Vorgaben, andererseits → leicht verständlich und prägnant
- Hamburg: Transparenzgesetz (2019)
<https://transparenz.hamburg.de/das-hmbtg/>
- NRW: Vorlage Transparenzsatzung Mehr Demokratie NRW, Transparency International, NABU...(2015)
https://www.transparency.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/2015/15-07-01-Satzung_fuer_Transparenz_in_kommunen-Transparency_Deutschland.pdf
- Erzgebirge: Vorlage Transparenzsatzung der Piratenpartei (2012)
https://wiki.piratenpartei.de/AG_Transparenzsatzung
- Berlin: Vorlage Transparenzgesetz (2021)
<https://gesetz.volksentscheid-transparenz.de/>

Variante: #1 Potsdam

§ 2 Anwendungsbereich

Diese Satzung gilt für alle Einrichtungen und öffentlichen Stellen der Landeshauptstadt Potsdam.

§ 3 Transparenzpflicht

In Zukunft werden alle bei der Landeshauptstadt Potsdam vorhandenen Informationen zu ihren Gemeindeangelegenheiten von öffentlichem Interesse an zentraler Stelle im Internet abrufbar veröffentlicht, soweit kein höherrangiges Recht entgegensteht

=> Sehr prägnant & kurz, aber auch sehr allgemein! Es werden keine zu veröffentlichen Informationen explizit genannt.

Ist das nicht zu wenig konkret? Wie soll die Verwaltung das umsetzen?

Variante #2: “Alle anderen” (Erzgebirge, Hamburg, NRW..)

§3 Anwendungsbereich

(1) Der Veröffentlichungspflicht unterliegen Beschlüsse des Stadtrates, Vorlagen der Verwaltung zur Entscheidungsfindung des Stadtrates und des Oberbürgermeisters, Ratsversammlungen, Mitteilungen an die Bürger in öffentlicher Sitzung gefasste Beschlüsse nebst den zugehörigen Protokollen und Unterlagen, außerdem Verträge, Dienstanweisungen, Handlungsempfehlungen, Subventions- und Zuwendungsbescheide, Haushalts-, Bewirtschaftungs-, Organisations-, Geschäftsverteilungs- und Aktenpläne, **Statistiken, Datensammlungen, Geodaten, das Baumkataster, Gutachten, Berichte, Verwaltungsvorschriften, öffentliche Pläne, insbesondere Bauleitpläne sowie Bauanträge und -genehmigungen, unveröffentlichte Gerichtsentscheidungen, die der Behörde vorliegen, sowie alle weiteren Informationen von öffentlichem Interesse.**

=> Es werden zu veröffentlichende Informationen explizit gelistet, die Verwaltung hat also konkrete Anhaltspunkte für die Umsetzung.

Was fehlt, was sind die Probleme?

Fragen bleiben offen bzgl. der konkreten Art & Weise der Veröffentlichung

“§5 (1) Veröffentlichungspflichtige Informationen”:

Gelistet werden zu 90% konkrete PDF-Dokumente: “Haushalts-,
Bewirtschaftungs-, Organisations-, Geschäftsverteilungs- Akten- und Stellenpläne
... Gutachten .. etc”

Aber sonst..?

**Unkonkrete Formulierungen schaffen Unsicherheit und Ablehnung in der
Verwaltung**

Wo ist noch Potenzial?

Open Data müsste konkret gefordert werden. Der Begriff “Open Data” wird oft nicht mal genannt. Dabei sollten Informationen maschinenlesbar veröffentlicht werden, nicht als PDF.

“Informationsregister” => Statt dessen konkrete Nennung “Open Data Portal”?

Erweitern um konkrete Vorgaben zu Open Data:

- “Tabellen, die in Berichten veröffentlicht werden, werden zusätzlich in maschinenlesbaren Formaten (CSV, Excel, ...) veröffentlicht”
- Geoinformationen werden als WFS Service veröffentlicht
- Strukturierte Daten, die aufgrund von IFG Anfragen herausgegeben werden, werden generell auch als Open Data veröffentlicht

Potenzial

Weitere best practices?

- “Daten die ans Land und an den Bund gemeldet werden”
 - “Musterschnittstellenkatalog”
- “In allen neuen Projekten wird das Thema Daten behandelt”
- “Datensätze aus dem Musterdatenkatalog”
 - Themengebiete? z.B. Kulturdaten? Tourismus? Städtische Terminkalender werden als Kalenderdatei veröffentlicht
- Datensätze für Verwaltungsweite interne Datennutzung vorschlagen?
 - Straßenverzeichnis

Ideen / Gedanken

- Problem: Daten sind nicht inventarisiert
 - Sektorenspezifisches Erfassen?
- Transparenzsatzung sollte möglichst allgemein sein
 - Rückmeldung von Digitalisierungsjuristen: “Die Rechtsform der Satzung ist der falsche Weg um konkret zu veröffentlichende Datensätze festzuhalten”
- Konkrete Regelungen sollten anders festgehalten werden
 - z.B. Rechtsverordnung? Dienstanweisung? Grundverfügung?
 - Oder in einem Leitfaden
 - z.B. IFG: Koordinierungsstelle, Anfragenverteilung, ...

Gute Beispiele

- Berlin: Rechtsverordnung

- Es gibt eine Rechtsverordnung und passend dazu die “100 Kerndatensätze Studie”:
<https://stefan-ziller.eu/2020/open-data-berlin-neue-rechtsverordnung-staerkt-transparenz/>
 - Mit Rechtsverordnung ist vermutlich OpenDataV gemeint:
<https://gesetze.berlin.de/bsbe/document/jlr-OpenDataBerVBErahmen>
 - Transparenzgesetz in Berlin
 - Soll kommen:
<https://netzpolitik.org/2021/informationsfreiheit-hinhaltetaktik-beim-transparenzgesetz-berlin/>
- Das Thema ist auch 2022 noch aktuell:
<https://www.tagesspiegel.de/berlin/leichterer-zugang-zu-amtlichen-unterlagen-berliner-fdp-legt-entwurf-fuer-transparenzgesetz-vor/28404372.html>

- Hamburg: Transparenzgesetz

- Es muss begründet werden, warum ein Datensatz nicht veröffentlicht wird

Beispielformulierung - Intro

Dieser Satzungsvorschlag soll Kommunen (in NRW?) helfen, mit einfachen Methoden die eigenen Daten strukturiert und sicher zu verwenden und gleichzeitig ohne großen Zusatzaufwand eine Transparenz- und Open-Initiative umzusetzen.

Warum ist das wichtig? Bei der Digitalisierung dreht es sich im ersten Schritt um Technik und Softwareausstattung. Und im zweiten Schritt bekommt die Speicherung und Verarbeitung von Informationen und Daten eine immens hohe Relevanz. Wir möchten mit dieser Satzung einen Vorschlag machen, wie öffentliche Stellen in Zeiten von DSGVO und europäischen Daten-Verordnungen transparent und gleichzeitig effizient und strukturiert mit Daten umgehen können.